

Quelle: Tschechische Kommunistische Tageszeitung v. 5. Feb. 2004

EU UND KOMMUNISTISCHER INTERNATIONALISMUS

Von Hassan Charfo,

Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens

Die Europäische Union gewährt erforderliche finanzielle Anreize für die Gründung europaweiter politischer Parteien. Überflüssig zu sagen, dass das letzte, was die EU dabei im Sinn hat, der Internationalismus ist.

Zur Zeit sitzen im Europäischen Parlament (EP) Vertreter von 126 verschiedenen Parteien. Das EP ist, was seine gesetzgeberischen Befugnisse betrifft, in einer viel schwächeren Position als die nationalen Parlamente. So hat die Europäische Union das EP auch nie als ein Hindernis empfunden. Aber es wird ein beachtlicher Druck ausgeübt, um die breite politische Struktur des EP zu ändern, da eine Beschränkung der Zahl der politischen Parteien auf europäischer Ebene der politischen Macht der EU das Leben leichter machen würde. Die Schaffung europaweiter Parteien würde auch das grundlegende Bedürfnis befriedigen, die tschechischen, polnischen, griechischen Bürger durch einen kosmopolitischen „europäischen Bürger“ zu ersetzen. Dieses Ziel erfordert die Schaffung entsprechender politischer Strukturen. Die Motivation dazu ist die Finanzierung.

Einige der linken Parteien der EU wie Synaspismos - eine Abspaltung der Kommunistischen Partei Griechenlands - und die Partei des Demokratischen Sozialismus in Deutschland, die gewaltige finanzielle Probleme haben, und von denen die eine oder andere keine Sitze im Europäischen Parlament erlangen könnten, denken, dass die Finanzierung einer Partei der europäischen Linken ihnen helfen wird, diese Probleme zu lösen und auch ins Europäische Parlament zu kommen.

Doch ist die aus dem EU-Haushalt kommende Finanzierung europaweiter Parteien von der Bedingung abhängig, dass solche Parteien Abgeordnete in mindestens einem Viertel der Staaten der erweiterten EU haben, d.h. die Parteien müssen entweder Abgeordnete des EP haben, die in mindestens einem Viertel der EU-Staaten gewählt sind, oder sie müssen gewählte Abgeordnete in den nationalen Parlamenten von mindestens einem Viertel der Länder der erweiterten EU haben. Oder sie müssen mindestens 3 % der Stimmen bei Europawahlen in mindestens einem Viertel der Staaten der neuen EU haben.

Ferner müssen dem ersten Antrag auf Finanzierung Dokumente beigelegt sein, die belegen, dass die betreffende europäische Partei alle anderen Erfordernisse erfüllt hat: Rechtsfähigkeit in dem Mitgliedsstaat, in dem sie ihren Hauptsitz hat und ein politisches Programm, das mit den EU-Grundsätzen auf einer Linie liegt. Wenn das EP feststellt, dass irgendeine dieser Bedingungen nicht erfüllt ist, wird die betreffende Partei von der Finanzierung ausgeschlossen. Eine Gruppe von EP-Abgeordneten klagt beim Europäischen Gerichtshof, um diese rechtlichen Erfordernisse abgeschafft zu bekommen.

Die Unterhaltung einer Parteizentrale erfordert einen Apparat und andere Ausgaben. Aber die für europäische politische Parteien reservierte Haushaltsansatz ist nicht groß, und die nationalen Parteien, die solche Parteien schaffen, können darüber nicht verfügen. Es folgt daraus,

dass das Gerangel um Geld unmittelbar verbunden ist mit dem Gerangel um den Sitz der Partei der europäischen Linken, da das Geld dort ausgegeben werden wird.

Ich bin nicht dagegen, Bruderparteien zu helfen, ihre finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden. Aber der oben beschriebene Weg ist nicht der einzige. Sofern ein Namenswechsel einigen Parteien hilft, Wahlen zu bestehen, sollte das versucht werden, aber da die KPBM schon einen guten Namen hat, würde ein Wechsel desselben nur die Sache vernebeln und wäre kontraproduktiv.

Politische Ziele, die auf der Linie der EU-Prinzipien liegen, und die Aufnahme in einem Lager, das nicht die Kommunistische Partei Portugals, die Partei der italienischen Kommunisten, AKEL, die Kommunistische Partei Griechenlands, all Bruderparteien in den osteuropäischen Ländern und andere umfasst, hat nicht mit dem Internationalismus zu tun, zu dem sich Kommunisten bekennen.

Die Erklärung des Zentralkomitees der KPBM vom 14. Oktober 2003 besagt: „Unsere Partei hat auf die Zusammenarbeit und eine koordinierte Herangehensweise der Europäische Linken hingearbeitet, weil dies den objektiven Bedürfnissen unserer Zeit entspricht. Doch die Linke ist politisch und ideologisch nicht geeint, und dies trifft zu sowohl innerhalb einiger Parteien wie auch im Rahmen einzelner Länder und Europas als Ganzes.

Die Zusammenarbeit zwischen den linken Parteien im Rahmen der Europäischen Vereinten Linken/Nordische Grün-Linke Gruppe (EUL/NGL) ist eine organisatorische Form, die den objektiven Bedingungen in der Europäischen Union und der Parteienstruktur des Europäischen Parlaments entspricht.

Außer dieser Form der Zusammenarbeit ist es auch erforderlich auf die geeinte Aktion der europäischen linken Parteien hinzuwirken. Die geeinte Aktion, die auf dem Grundsatz des Respekts der objektiven und subjektiven Bedingungen beruht und eine linke Einheit über grundlegende europäische Angelegenheiten gewährleistet, und dies auf der Grundlage bilateraler und multilateraler Aktivitäten, welche die Auffassungen und Haltungen dieser Parteien eng zusammenführen. (..)

Die Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen linken Parteien kann als ein natürliches Ergebnis einer Phase erfolgreicher geeinter Aktion erreicht werden. Diese Phase zu umgehen oder auch eine passive Haltung gegen über diesem Ziel, können in der heutigen Zeit nicht zu einer wirklichen Einheit der europäischen Linken beitragen.“

Übersetzung der englischen Fassung von Ken Biggs: Klaus von Raussendorff